

## WIEBES WEITWINKEL

Ciao, Signore  
Sprißler!

Gestern hatte HVB-Chef Wolfgang Sprißler seinen Auftritt auf der letzten Hauptversammlung seiner Bank, die künftig nur noch eine Art Unterabteilung des Mutterkonzerns Unicredit sein wird. Das gibt Gelegenheit, sich jetzt schon einmal von ihm zu verabschieden, obwohl er noch eine Weile im Amt ist.

Sprißler ist extrem uneitel und Mitarbeitern gegenüber in der Regel sehr fair. So war es schon, als er vor über 20 Jahren mein Abteilungsleiter war – damals habe ich in der Bayerischen Vereinsbank gearbeitet, einem der Vorgänger der HVB. Auf der anderen Seite ist er ausgesprochen bauernschlau, wenn es um das Wohl der Bank geht. Er kennt jeden Bilanztrick und jeden steuerlichen Kniff, lässt sich keinen Cent entgehen.

FRANK  
WIEBEKolumnist  
Handelsblatt

Ein ehemaliger Vorstandskollege hat ihn einmal als sehr nett und sehr kompetent beschrieben, aber nicht gerade als Charismatiker. Deswegen hat er es zu der Zeit, als die HVB unabhängig war, zum Finanzvorstand gebracht, aber nie ganz an die Spitze. Wobei seine Chefs in dieser Zeit, Albrecht Schmidt und Dieter Rampl, vielleicht eitel, aber auch nicht charismatischer waren, wenn wir ehrlich sind.

Als Unicredit die Bank in der Krise übernahm, war er genau der richtige Mann: uneitel genug, den Italienern ohne Murren zuzuarbeiten, aber auch fest genug in der eigenen Bank verankert, um dort das Vertrauen zu erhalten.

Manche seiner Mitarbeiter trauern nun „ihrer“ alten Bank nach. Sie sollten nicht vergessen: Fusionen waren bei der HVB schon häufig ein Thema. Als ich dort arbeitete, hatte die Bayerische Staatsbank geschluckt. Vor zehn Jahren schloss sie sich dann mit der Bayerischen Hypothek- und Wechselbank zur HVB zusammen. So besehen erscheint der Anschluss an eine große, europäische Bank beinahe schon logisch.

Die Vereinsbank, wie ich sie in Erinnerung habe, war finanziell sehr konservativ. Sie hatte nicht die günstigsten Konditionen am Markt, dafür mussten die Banker sich um so mehr um jeden einzelnen Kunden bemühen, und zwar nicht nur um Großkunden. So ähnlich sieht heute auch die Strategie von Unicredit aus. Vielleicht ist die „neue“ Bank bald doch wieder die „alte“, oder jedenfalls keine schlechtere. Sprißler kann das dann selbst testen, wenn er als Rentner eine Filiale besucht.

wiebe@handelsblatt.com  
blog.handelsblatt.de/weitwinkel

DIE HYPO-VEREINSBANK empfängt ihre Aktionäre zur abschließenden Hauptversammlung

## Auf zum letzten Gefecht

AXEL HÖPNER | MÜNCHEN

Unicredit-Chef Alessandro Profumo kann nicht raus aus seiner Haut. Ob er froh ist, dass es künftig keine Hypo-Vereinsbank-Hauptversammlungen mehr geben wird, wurde der HVB-Aufsichtsrats-Chef gestern unmittelbar vor Beginn des letzten Aktionärstreffens gefragt. Profumo beißt sich auf die Zunge, rudert mit den Armen, zögert, und lässt schließlich doch ein lang gezogenes „Yes“ heraus. Auch die letzte Hauptversammlung in der Geschichte der Bank vor dem Squeeze-Out dürfte an Profumos Meinung nichts geändert haben. Stundenlang beklagten die Kleinaktionäre das Vorgehen der Italiener.

Zumindest eine gute Nachricht gab es an diesem Tag: Geschäftlich ist es für die Hypo-Vereinsbank zu-

letzt ordentlich gelaufen. „Nachdem sich insbesondere im April und Mai erste Erholungstendenzen bezüglich der Finanzmarkturbulenzen abgezeichnet haben, sind im zweiten Quartal keine weiteren Belastungen aus der Finanzmarktkrise aufgetreten“, verkündete HVB-Chef Wolfgang Sprißler. Nach einem Verlust zum Auftakt ins Jahr habe die Bank vor Steuern wieder einen signifikanten Gewinn erzielt. Von einer nachhaltigen Stabilisierung der Märkte könne aber nicht die Rede sein.

Die Geschäftsentwicklung interessierte an diesem Tag kaum jemanden. Mit zahlreichen Anfechtungsklagen hatten Kleinaktionäre noch einmal diese weitere Hauptversammlung erzwungen. Sie wollen eine höhere Abfindung herauschlagen. Anwälte und einige



Hypo-Vereinsbank-Chef Wolfgang Sprißler (l.) und Unicredit-Chef Alessandro Profumo.

Hedge-Fonds kritisieren zudem, dass die HVB beim Verkauf der Bank Austria an Unicredit zu wenig Geld von der Mutter bekommen habe. Von einer „Verschleuderung des Filetsstücks“ sprach zum Bei-

spiel Roland Klose von der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz. Für ihn sind die HVB-Manager „Handlanger und Marionetten“ der Italiener, das neue, im Unicredit-Rot gehaltene Logo der HVB die „Schlachtfarbe der italienischen Usurpatoren“. Der von den Kleinaktionären eingesetzte Rechtsanwalt Thomas Heidel machte deutlich, dass er weiter vor Gericht kämpfen will.

Für den eher ungeduldigen Profumo war es an diesem Tag wohl ein Segen, dass er kein Deutsch spricht. So konnte er die Leitung der Versammlung dem stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden, Ergo-Chef Lothar Meyer, überlassen. Mit Entscheidungen wurde gestern nicht mehr gerechnet. Die Hauptversammlung wird heute fortgesetzt.

## Kapital sucht neue Häfen

Privatisierungen werden in den kommenden Jahren an Bedeutung zunehmen

PETER KÖHLER | FRANKFURT  
KORA-CORA KRAUSE | FRANKFURT

Die Finanzkrise wird die Privatisierungen in Deutschland nicht aufhalten. Gleichzeitig wollen die Länder und Kommunen nicht mehr nur schnell Kasse machen, sondern sie betreiben wieder ein aktives Beteiligungsmanagement. Geht die Bahn wie geplant an die Börse, dann kann dies als Katalysator wirken. So lauteten die Fazite des „Frankfurter Gesprächs“ des Handelsblatts zum Thema „Zukunft der Privatisierung“.

Die Geldgeber konzentrieren sich vor dem Hintergrund der Finanzkrise zunehmend auf nachhaltige, stabile Investitionen. Dafür werden auch niedrigere Renditen in Kauf genommen. „Infrastruktur, die bisher eher vernachlässigt wurde, rückt nun stärker in den Fokus der Investoren“, sagt Hans-Georg Napp, Experte für die Öffentliche Hand bei der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba). Es gäbe aktuell keinen merklichen Kapitalrückgang für solche Vorhaben. Der Energiebereich, die Immobilien der öffentlichen Hand oder die Verkehrsinfrastruktur könnten in Europa zum „wichtigen Hafen“ für Anlage suchendes Kapital werden.

Auf der anderen Seite wollen die Kommunen die Privatisierungserlöse nicht mehr nur zum Stopfen von Haushaltslöchern verwenden. „Eine Privatisierung bei Kassennotstand ist fatal“, meint Hamburgs Finanzsenator Michael Freytag. Zwischen 1990 und 2000 seien in der Hansestadt drei Mrd. Euro aus Privatisierungsmaßnahmen vollständig in Haushaltslöchern versickert.



Ex-Staatsminister Hans Martin Bury, Henning Schneider, Hamburgs Finanzsenator Michael Freytag und Hans-Georg Napp (v.l.) beim „Frankfurter Gespräch“ des Handelsblatts.

Heute sehe die Philosophie anders aus. „Wir veräußern nur das, was dem Standort nutzt und was man uns nicht wegnehmen kann“, erläutert Freytag. Konzernzentralen und damit Entscheidungskompetenzen sowie Arbeitsplätze könne ein Investor abziehen. Gezielte Immobilienveräußerungen seien deshalb der bessere Weg, da die Immobilien in der Stadt verblieben. Die Wahrnehmung der Privatisierungen habe sich gewandelt. Vor 15 oder 20 Jahren – bei der Post, der Telekom oder der Lufthansa – hätten noch die Vorteile wie etwa ein erhöhter Wettbewerb im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung gestanden. Heute herrscht laut Freytag eine große Angst vor der Globalisierung, die Rolle des Staats werde wieder wichtiger. Ein Grund sei die oft unzureichende Liberalisierung der Privatisierungen, etwa im Energiesektor.



Es nützte nichts, aus einem öffentlichen ein privates Monopol zu bilden.

Entscheidend für künftige Privatisierungen dürfte der Börsengang der Bahn werden. „Wenn ein IPO in diesem Börsenumfeld erfolgreich ist, dann die Bahn. Das kann im Herbst gelingen, hängt jedoch davon ab, wie sich die Märkte insgesamt entwickeln“, sagt Martin Bury, Managing Director bei Lehman Brothers

in Deutschland. Auch in anderen Bereichen rechnet Bury mit mehr Bewegung. „Ich würde nicht erwarten, dass eine politische Partei die Privatisierung der Autobahnen ins Wahlprogramm schreibt. Trotzdem bin ich sicher, dass das Thema in der nächsten Legislaturperiode auf der Agenda stehen wird.“ Henning Schneider von der Kanzlei Lat-ham & Watkins sieht zwar den Markt für IPOs in der Größen-

klasse oberhalb einer Milliarde Euro aktuell in einer schwierigen Situation. Dafür stehe es um den breiteren Privatisierungsmarkt aber besser. „Die Käufer haben sich nicht zurückgezogen und auch die Preise zeigen sich konstant, sind tendenziell sogar höher.“

Das größte Potenzial sehen die Experten in Partnerschaften zwischen privaten Geldgebern und der öffentlichen Hand – sogenannten PPP-Vorhaben. Napp von der Helaba veranschlagt einen Investitionsbedarf von knapp 700 Mrd. Euro in kommunale Infrastruktur innerhalb der nächsten zehn Jahre. Rechtsanwalt Schneider warnt aber vor einem Grundproblem. Wenn der Investor keinen operativen Einfluss habe, aber das Risiko trage, dann seien das die Projekte, bei denen PPP nicht funktioniert. Kommunen, die Erfahrung mit PPP haben, hätten aber am Ende Effizienzvorteile von rund zehn Prozent realisiert, erläutert Bury von Lehman.